

*Posta, Stephan: Tschechische „Fremdarbeiter“ in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft.*

Dresden 2002, 160 S. (Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden).

Neben den grundlegenden Arbeiten von Ulrich Herbert zur Zwangsarbeit im Nationalsozialismus existieren mittlerweile zahlreiche Studien zu einzelnen Aspekten dieses Themenkomplexes, ferner regionale, lokale und unternehmensgeschichtliche Detailanalysen. Stephan Posta beschäftigt sich in seiner Arbeit mit der Rekrutierungspraxis gegenüber den tschechischen ‚Fremdarbeitern‘ im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ sowie mit deren Lebenssituation in Deutschland und ordnet die Thematik sowohl in den Kontext der deutschen Besatzungspolitik im ‚Protektorat‘ als auch in die allgemeine NS-Arbeitseinsatz-Politik ein. Als Basis wurden publizierte Quelleneditionen, Sekundärliteratur sowie schriftliche Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln verwendet.

Posta widmet sich zunächst den Voraussetzungen des Einsatzes tschechischer ‚Fremdarbeiter‘ sowie den systemimmanenten Widersprüchen des NS-Systems in Bezug auf nichtdeutsche Arbeitskräfte. Der zunehmende Arbeitskräftemangel in Folge der forcierten Aufrüstung führte trotz ‚Inländerprimat‘ und der rassistischen NS-Ideologie, die vor einer ‚rassischen Gefährdung des deutschen Volkskörpers‘ warnte, zum verstärkten Einsatz ausländischer Arbeitskräfte. Seit dem deutschen Überfall auf Polen wurden zudem Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter eingesetzt.

In den Mittelpunkt seiner Untersuchung des Arbeitseinsatzes tschechischer ‚Fremdarbeiter‘ aus dem ‚Protektorat‘ rückt Posta die Frage nach einem Zusammenhang von Arbeitseinsatz und Germanisierung des Landes bzw. der tschechischen Arbeitskräfte im Reich, gewissermaßen als einer „Synthese zwischen kriegswirtschaftlicher Ausbeutung und ideologischen Gesichtspunkten“ (S.9), wie sie von einigen tschechischen Historikern formuliert wurde. Da der heutige Forschungsstand zur ‚Fremdarbeiter‘-Politik dieser These widerspricht, formuliert der Autor die Frage, ob die Tschechen einen Sonderfall darstellten. Um dieser Frage nachzugehen, behandelt Posta zunächst die NS-Rekrutierungspolitik im ‚Protektorat‘ bis 1941/42, im zweiten Teil folgt die Zeit bis Kriegsende. Der dritte Teil beschäftigt sich mit der Lage der tschechischen ‚Fremdarbeiter‘ in Deutschland. Jeweils eingeschoben wird ein Vergleich der durchgeführten Maßnahmen mit den Germanisierungskonzepten.

Ein Grundproblem, das sich der deutschen Besatzungsmacht beim Abzug von tschechischen Arbeitskräften aus dem ‚Protektorat‘ stellte, war die besondere Bedeutung der dort vorhandenen Rüstungsindustrie, der nicht unbegrenzt Arbeitskräfte entzogen werden konnten. Ferner spielten sowohl die Nahzielplanung – die effiziente Ausnutzung der Rüstungskapazitäten im ‚Protektorat‘ – als auch die als Fernziel formulierte Germanisierung der böhmischen Länder eine bedeutende Rolle. Karl-Hermann Frank hatte in seiner Denkschrift vom 28. August 1940 die Möglichkeit der Ansiedlung von ‚eindeutschbaren‘ tschechischen Arbeiterfamilien im ‚Altreich‘ als konkrete Eindeutschungsmaßnahme vorgeschlagen. In weiteren Stellungnahmen, z.B. des stellvertretenden Reichsprotektors Reinhard Heydrich, wurde aber gefordert, vor einer eventuellen Arbeiterverschickung eine ‚rassische Bestandsaufnahme‘ durchzuführen.

Die Zeit bis 1941 war geprägt von einer noch relativ gemäßigten Rekrutierungspraxis, die sich vor allem auf Arbeitslose bezog und stark auf Freiwilligkeit setzte. Während 1939 circa 90000 tschechische Arbeitskräfte nach Deutschland geschickt wurden, sank die Zahl im Jahr 1940 auf etwa 50000. Ab Sommer 1941 wurden die Kontingentforderungen dann erhöht. Der steigende Bedarf an Arbeitskräften im einsetzenden ‚Abnutzungskrieg‘ führte im ‚Protektorat‘ zu verschärften Rekrutierungsmaßnahmen, wie z.B. zur Ausweitung der Dienstpflicht auf alle arbeitsfähigen Protektoratsangehörigen, der Verkleinerung oder Schließung nicht kriegsrelevanter Betriebe durch das Wirtschafts- und Arbeitsministerium unter Walther Bertsch, zu polizeilicher Repression, sowie schließlich zur Dienstverpflichtung kompletter Jahrgänge (Totaleinsatz) zum ‚Arbeitseinsatz‘ in Deutschland, so dass im Jahr 1942 etwa 135000 Tschechen nach Deutschland geschickt wurden. Dabei bestand zwischen dem ‚Protektorat‘ und dem ‚Altreich‘ ein fortwährender Konflikt um die Aufteilung der Arbeitskräfte. Nach Angaben der deutschen Arbeitsbehörden befanden sich im September 1944 insgesamt 276000 ‚Protektoratsangehörige‘ in Deutschland.

Zusammenhänge zwischen Germanisierung und Rekrutierung lassen sich laut Posta nicht ausmachen, da die Auswahl der zu rekrutierenden Gruppen ökonomischen Erfordernissen folgte und es keine ‚rassischen‘ Prüfungen vor einem Einsatz gegeben habe (S. 79). Auch das aus ‚volkstumpolitischen‘ Gründen erlassene Verbot

des Einsatzes tschechischer Arbeitskräfte in den Sudetengebieten wurde aus ökonomischen Gründen wieder aufgehoben. Selbst die nach Heydrichs Antritt in Prag anlaufenden ‚rassischen‘ Prüfungen einzelner Bevölkerungsgruppen führten nach Posta nicht dazu, dass die Rekrutierungspraxis sich an ‚rassischen‘ Gesichtspunkten orientiert hätte, um beispielsweise ‚eindeutschungsfähige‘ Tschechen nach Deutschland zu bringen.

Da die tschechischen Arbeitskräfte als Protektoratsangehörige nicht als Ausländer galten, sprachen die Arbeitsbehörden in Deutschland nicht von „Reichseinsatz“ sondern von „Reichsausgleich“ wie bei „binnendeutschen Arbeitskräfteregulierungen“ (S. 113). Obwohl es so etwas wie die „Polen-Erlasse“ für die Tschechen nicht gab, unterlagen diese einem polizeilichen Sonderrecht, das ein im Vergleich zu den deutschen Arbeitern verschärftes Strafmaß vorsah und einen diffusen rechtlichen Status mit sich brachte. Die Tschechen wurden überwiegend zu minderqualifizierten, schlecht bezahlten Arbeiten eingesetzt, ihre Löhne und Arbeitsbedingungen entsprachen formal denen der Deutschen. Die Sondersteuer, die bei den ‚Ostarbeitern‘ erhoben wurde, galt für sie nicht. In der Praxis wurden aber häufig abweichende Lohnmodelle angewendet. Anders als im Fall der polnischen Arbeiter existierte kein Kontaktverbot und kein Heiratsverbot für Tschechen und Deutsche, im August 1941 erfolgte jedoch ein Verbot intimer Kontakte zwischen Angehörigen der beiden Gruppen, allerdings drohte bei Zuwiderhandlung nicht die Todesstrafe.

Unzufriedenheit mit dem Lohn, der Unterkunft und der Verpflegung sowie verschärfte Repressionsmaßnahmen, unter anderem durch die Ausweitung des Systems der Arbeitserziehungslager, waren der Grund dafür, dass viele Tschechen in die Heimat flüchteten. Zuverlässige Angaben über die Anzahl der tschechischen Opfer des ‚Arbeitseinsatzes‘ existieren nicht. Über 1 900 Todesfälle sind anhand des Aktenmaterials der Besatzungsbehörden nachgewiesen worden (S. 135).

Der Arbeitseinsatz der Tschechen in Deutschland diente nicht, so Posta, als Mittel zur Germanisierung, da wesentliche Elemente der Germanisierungskonzepte, z.B. die ‚Verstreuung‘ der Tschechen in Deutschland oder ihre dauerhafte Ansiedlung fehlten. An diesem Punkt sei kritisch angemerkt, dass sich die Ausrichtung der Arbeit auf die ‚Germanisierungsthese‘ als nicht besonders hilfreich erweist, da sich bereits in der Einleitung andeutet, dass sie nicht zutreffend ist.

Posta bietet mit seiner konzeptionell sehr gut aufgebauten Arbeit insgesamt eine wertvolle Ergänzung zur Erforschung der NS-Zwangsarbeit, sowie zur Rekrutierungspraxis im ‚Protektorat‘ und den Lebensumständen der Tschechen in Deutschland. Deutlich werden die Besonderheiten der Lage der tschechischen ‚Fremdarbeiter‘, die eher „derjenigen der Arbeiter aus dem Westen glich“ (S. 142). Jedoch waren die Tschechen keinesfalls „Inländer besonderer Art“, sondern blieben in der Praxis des nationalsozialistischen ‚Ausländereinsatzes‘ doch Zwangsarbeiter.